

# grünes blatt

August 2010 Nr. 3

## die Zeitung der Grünen Kanton Zürich

Redaktion und Verlag:

Grüne Kanton Zürich, Ackerstr. 44, 8005 Zürich

Tel. 044 440 75 50, Fax 044 440 75 51

sekretariat@gruene-zh.ch, www.gruene-zh.ch

**Aktuell** Kantonaler Finanzausgleich **Seite 2** – Üetliberg **Seite 3** – Grüne Stadt Zürich: Schwerpunkte **Seiten 4/5** – Velostadt Winterthur **Seite 6** – Junge Grüne **Seite 7** – Grüne Initiativen in Wädenswil und Wetzikon **Seite 8/9** – Unser Mann in Bern **Seite 11**

mehr als  
grün

## Handlungsbedarf bei der beruflichen Vorsorge

Die Beamtenversicherungskasse (BVK) des Kantons Zürich ist die zweitgrösste Pensionkasse der Schweiz. Vor drei Wochen wurde der Anlagechef der BVK fristlos entlassen. Gegen ihn und einige weitere Personen läuft eine Strafuntersuchung. Dass die BVK wieder einmal für negative Schlagzeilen sorgt, ist das eine. Ihr ungenügender Deckungsgrad und massive Fehlinvestitionen bilden ebenfalls seit Jahren einen Stein des Anstosses. Doch das Problem liegt tiefer.

### Kein Einfluss für Versicherte

ArbeitnehmerInnen äufnen in der Schweiz Jahr für Jahr unglaubliche Summen in ihren Pensionskassen. Die Kassen sind darum zu wichtigen Akteuren auf den Finanzmärkten geworden. Mit wenigen Ausnahmen sind die versicherten Angestellten dem Geschäftsgefahren ihrer Kasse völlig ausgeliefert. AnlagestrategInnen und Vermögensver-

walterInnen investieren nach Kriterien, welche die versicherten Individuen in der Regel nicht beeinflussen können. Die ArbeitgeberInnen wählen die Kasse und den Sparplan, gerne möglichst fett für das Kader und möglichst knausrig für alle andern.

### BVG-Revision ist nötig

Eine Grüne Antwort auf die Finanzkrise ist eine Revision des BVG. Als Arbeitnehmer will ich selber bestimmen, welche Kasse mit welcher Geschäftsethik mein Sparguthaben verwaltet. Ich will bei zwei Teilzeitjobs nicht mit einem hohen Koordinationsabzug bestraft werden. Ich will nicht, dass in meiner Pensionskasse Abzockermanager sitzen. Mit diesen und ein paar weiteren Punkten sind wir Grüne des Kantons Zürich bei den Grünen Schweiz vorstellig geworden. Da muss sich was bewegen.

Philipp Maurer, Co-Präsident Grüne Kanton Zürich



Transparente Anlagestrategien und Mitsprache bei Pensionskassen – oder zurück zum Sparschwein?

# Editorial

## Liebe Leserinnen und Leser

Der Sommer ist da – und wir Grünen haben uns die Sommerferien verdient. Nach den kommunalen Wahlkämpfen im Frühjahr haben wir die Hände nämlich nicht in den Schoss gelegt, sondern weiter an unseren Kernthemen gearbeitet.

So haben die Grünen und Jungen Grünen in Wetzikon eine Velo-Initiative eingereicht. Auch in Wädenswil haben die Grünen eine Volksinitiative gestartet und in Rekordzeit Unterschriften gesammelt. Die Grünen in der Stadt Zürich schreiten weiter und voller Energie auf dem Weg zur 2000 Watt-Stadt, während die Winterthurer Grünen alles daran setzen, dass ihre Stadt auch weiterhin das Schweizer Mekka für Velofahrende bleibt. Bei den Jungen Grünen und den Grünen Bezirk Uster geben neue Parteipräsidien kräftig Gas und auch auf nationaler Ebene haben wir einen neuen Vertreter mit viel Pfupf!

Auch wenn also von «Sommer-schlaf» keine Rede sein kann: Ein bisschen Erholung liegt hoffentlich für alle drin. Zumal das Ferienwetter (wenigstens bei Redaktionsschluss) keine Wünsche offen lässt. Eine gute Voraussetzung um mit viel frischgetankter Energie im Herbst wieder richtig durchzustarten. Das nächste Ziel heisst dann: Kantons- und Regierungsratswahlen!

Ich wünsche euch also einen schönen Sommer und viel Vergnügen beim Lesen!

**Ulla Blume**  
Parteisekretärin  
Grüne Kanton Zürich

Feedback ist willkommen:  
publikation@gruene-zh.ch

# Finanzausgleich – leben und leben lassen

Ursachen eines Finanzausgleichs sind der Föderalismus, die Gemeindeautonomie und die Steuerkraftunterschiede. Weil die wirtschaftliche Potenz der Steuersubjekte sehr unterschiedlich ist, ist es auch deren Fähigkeit, Steuern bezahlen zu können: ihre Steuerkraft. Die Steuerkraft in den «reichsten» Gemeinden übertrifft diejenige in den «ärmsten» Gemeinden um mehr als das Zehnfache. Schon im 15. Jahrhundert lag der «Speckgürtel» um den Zürichsee und noch heute findet sich die wahre Steuerkraft an der «Goldküste». Von den 171 zürcherischen Gemeinden sind ein Dutzend «Krösusse», ein Dutzend sind «Habenichtse» und das Gros liegt im Normalbereich.

Anlass zur Reform des Finanzausgleichs sind der Neue Finanzausgleich des Bundes und die neue Zürcher Kantonsverfassung. Diese garantiert den Gemeinden insbesondere eine selbständige Aufgabenerfüllung, einen weiten Handlungsspielraum und sie stipuliert Gemeindesteuerfüsse, die nicht erheblich voneinander abweichen.

Aktuell werden im Zürcher Finanzausgleich jährlich etwa 670 Millionen Franken über 6 Gefässe umgeschaufelt, mit wenig Koordination, wenig Transparenz, etwas Ungerechtigkeit und viel Willkür: etwa 60 Gemeinden fixieren ihren Steuerfuss genau dort, wo sie Steuerkraft- oder Steuerfussausgleich

beziehen können. Oder: wer viel asphaltiert und betoniert, kommt in den Genuss von Investitionsbeiträgen.

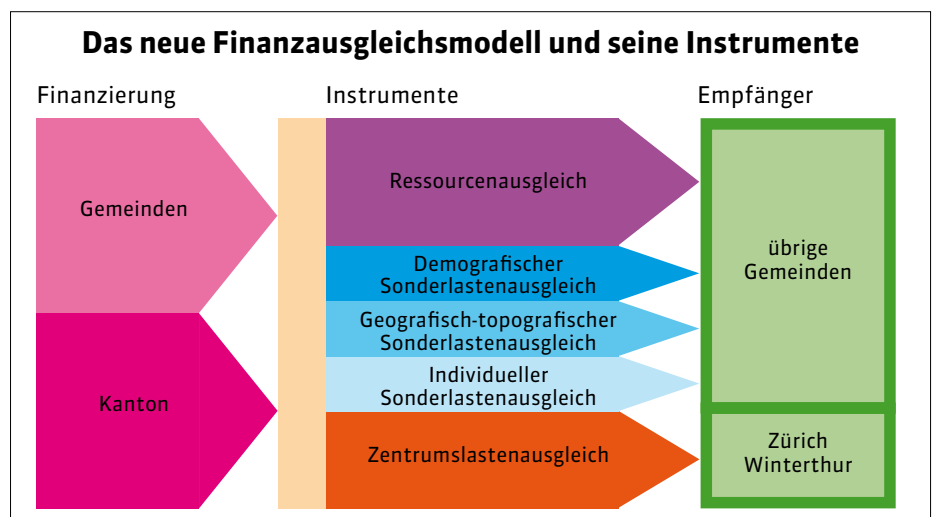
## Quantensprung

Neu werden im Zürcher Finanzausgleich jährlich etwas über 700 Millionen Franken umverteilt. Es sollen nur noch die ungerechtfertigten finanziellen Unterschiede ausgeglichen werden, das Unbeeinflussbare wie die geographische Lage oder die Steuerkraft. Die selbstverursachten finanziellen Unterschiede wie das kommunale Leistungsangebot, die Gemeindeorganisation oder der Steuerfuss sollen durch die Gemeinden getragen werden.

Der Ressourcenausgleich (das grösste Gefäss) gleicht die Steuerkraft aus, der demografische Sonderlastenausgleich finanziert die «teure Jugend», der geografisch-topografische Sonderlastenausgleich mildert die Unbill steilen Geländes und dünner Besiedelung, der individuelle Sonderlastenausgleich hilft bei Pest und Cholera, der Zentrumslastenausgleich stützt die Städte Zürich und Winterthur.

Der Neue Finanzausgleich: für die Krösusse zuviel, für die Habenichtse zuwenig, für die überwältigende Mehrheit ein Quantensprung.

Max R. Homberger, Kantonsrat



# Alle sind gleich, nur der Herr vom Üetliberg ist etwas gleicher

**Ungeachtet laufender Verfahren, Rechtsgleichheit und übergeordneten Rechts gab der Kantonsrat grünes Licht für die Änderung des Richtplanes für den Uto Kulm. Statt Landwirtschaftsgebiet ist der Uto Kulm neu Erholungsgebiet, für das ein kantonaler Gestaltungsplan erlassen wird. Dieser verlangt dem Wirt kaum Konzession ab. Insbesondere den Schutzgedanken wird keinerlei Beachtung geschenkt. Handelt es sich tatsächlich um eine wahre Geschichte oder um einen schlechten Roman? Spielt die Geschichte in der Schweiz oder in Italien?**

Nicht für alle scheint dasselbe Recht zu gelten. Wenn ein Bauer ein Bienenhaus baut ohne dafür eine Baubewilligung einzuholen, kann es ohne weiteres passieren, dass das nachträgliche Baugesuch abgelehnt wird und er das Bienenhäuschen zurückbauen muss. Einem «Herrn auf dem Berg» wird jedoch die nachträgliche Bewilligungsfähigkeit von Ausbauten mit einer Richtplananpassung ermöglicht. Dabei liegt der Üetliberg im BLN-Gebiet Albiskette-Reppischtal (Bundesinventar von Landschaften nationaler Bedeutung), in einem kantonalen Landschaftsschutzgebiet, einer archäologischen Zone und einem Pflanzenschutzgebiet. Man sollte also meinen, dass Schutzauflagen höher zu gewichten wären als der individuelle, kommerzielle Nutzen und allfälliges «öffentliches Interesse» an einem Gastrobetrieb. Welche Öffentlichkeit braucht bitte ein Seminarhotel auf dem Üetliberg?

## Die Frage nach der (Un-)Verhältnismässigkeit

Aus bürgerlichen und rechtsbürgerlichen Kreisen wurde immer wieder mit der Ver-

hältnismässigkeit argumentiert. Schön und gut. Aber die Beurteilung der Verhältnismässigkeit einer Massnahme, hier ginge es um die Bewilligungsfähigkeit und den allfälligen Rückbau der unbewilligten Bauten, ist eigentlich ein juristischer Akt. Die Gerichte beschäftigten sich bereits mit dem Fall, als die Richtplanänderung (vom Landwirtschaftsgebiet in ein Erholungsgebiet kantonaler Bedeutung mit Gestaltungsplan) von der Baudirektion an die Hand genommen wurde. Somit wurden die Spielregeln während eines laufenden Spiel geändert – man stelle sich so etwas während der Fussball-WM vor!

## Die «Politik» verletzt die Rechtsgleichheit

Die Politik entscheidet, ob der Uto Kulm in ein BLN-Gebiet gehört oder in ein Landschaftsschutzgebiet. Die Politik erlässt die Schutzverordnung. Die Politik macht einen Richtplaneintrag. Die Politik darf nicht während laufender Verfahren die Spielregeln ändern. Damit werden die Grundpfeiler unseres Rechtsstaates -

Rechtsgleichheit und Gewaltentrennung fahrlässig angegriffen.

Welches Präjudiz schafft so etwas? Jeder und jede, die sich an die geltenden Vorschriften hält oder die Reihenfolge der Verfahren einhält, und damit in Kauf nimmt, möglicherweise etwas Zeit und damit etwas Gewinn zu verlieren, muss sich doch gelinde gesagt blöd vorkommen.

## Behörden haben versagt

Der Skandal dabei ist weniger das Tun des «innovativen Unternehmers» auf dem Üetliberg, als vielmehr das Versagen der zuständigen Behörden.

Françoise Okopnik, Kantonsrätin Grüne



Das «Erholungsgebiet» breitet sich aus – und verdrängt das Landschaftsschutzgebiet.

## «Pro Üetliberg»

Der Verein «Pro Üetliberg» wurde 2004 gegründet und setzt sich für den Schutz des Erholungs- und des Naturraumes ein. Unermüdlich zeigte er Missstände auf und nimmt Gerichtsverfahren auf sich.

Spenden auf 87-383086-6 sind willkommen.

[www.pro-uetliberg.ch](http://www.pro-uetliberg.ch)

# Zürich in Zukunft: fit weil schlank

**Vor etwa hundert Tagen hat die Mitgliederversammlung das «Schiffchen» Grüne Stadt Zürich einem neuen Team am Steuerruder anvertraut. Für das Präsidium ist es nun an der Zeit, aufzuzeigen, in welche Richtung wir segeln wollen. In wenigen Zeilen vorerst mal dies: 2000-Watt-Gesellschaft ist weniger eine technische Frage als eine der Weltanschauung.**

Zürichs Wahlvolk hat vergangenes Frühjahr ein mehrdeutiges Votum abgegeben: Eine solide Zweidrittelmehrheit für Rot/Grün wurde in die Regierung gewählt, im Parlament aber nur der Grüne Flügel gestärkt. SP, Grüne und Grünliberale verfügen über eine Mehrheit, was Umwelthanliegen den Weg durch das Parlament erleichtern sollte. Für soziale Anliegen wird die Zukunft jedoch schwieriger. Das ist aus Sicht der Grünen bedauerlich, da wir unsere Position immer als eine gesellschaftlich-solidarische verstanden haben. Lamentieren bringt uns nicht weiter, wir werden sehen, was die neuen Mehrheitsverhältnisse in sozialen Fragen zulassen. Die gute Ausgangslage für die Umwelthanliegen aber, die gilt es zu nutzen.

## 2000 Watt: ein langer Weg

2000-Watt-Städte gibt es viele auf der Welt. In den meisten Städten Russlands beispielsweise, Afrikas oder Asiens erreicht der Energieverbrauch diese Schwelle nicht. Dumm nur, dass die Leute dort dies als Defizit empfinden, weil sie ihren Lebensstandard dem unseren angleichen wollen. Bleibt zu hoffen, dass sie ihre Fortschritte durch Effizienzsteigerung statt erhöhten Ressourcenverbrauch zustande bringen.

Ganz anders die Situation bei uns: Selbst wenn wir durch Minergiebauten, 3-Liter-Autos und effizientere Geräte den Energieverbrauch auf die Hälfte drosseln könnten (was wir nicht zu tun bereit sind, sonst würden all die Offroadler nicht auf Zürichs Strassen rumkurven), wäre das gesetzte Ziel noch nicht erreicht. Mit 60 Quadratmetern und mehr Wohnfläche pro Person ist Nachhaltigkeit nicht zu haben. Und wer sein Energiekontingent schon auf dem Arbeitsweg verbraucht – auch BahnpendlerInnen können hiervon betroffen sein – erwischt die Kurve auch nicht. Die Grüne Gretchenfrage lautet deshalb: Was und wie viel davon brauchen ZürcherInnen, um gut zu leben, und worauf können, wollen oder müssen wir verzichten?

## Die Suffizienzdebatte

Weil wir durch Effizienzsteigerung allein ein zukunftsfähiges Mass an Ressourcenverbrauch nicht bewirken können, ist die 2000-Watt-Gesellschaft nicht nur eine technische Herausforderung. Wir brauchen, und hier trennt sich die grünliberale Spreu vom Grünen Weizen, ein Umdenken, einen gesellschaftlichen Prozess, der soziale und kulturelle Veränderungen mit sich bringt.

Und niemand wagt es, Klartext zu reden, denn Verzicht ist nicht sexy, ist ein negativ besetzter Begriff. Und wer Verzicht politisch einfordert, läuft Gefahr, seinerseits auf etliche WählerInnen verzichten zu müssen. Doch wer ausser uns Grünen soll aussprechen, dass mehr Wohnraum nicht mit mehr Lebensqualität gleichzusetzen ist oder dass mehr Hubraum nicht glücklich macht?

Die Grünen müssen in den nächsten Jahren zusammen mit SP, Grünliberalen und anderen aufgeschlossenen Kräften den Umbau Zürichs zur zukunftsfähigen Stadt vorantreiben. Die Rolle, die wir innerhalb dieses Blocks einnehmen wollen (und auch müssen, weil niemand sonst dies tut), ist jene der Vordenkerin und Tabubrecherin, die auch unbequeme Wahrheiten ausspricht: Wir wollen den Gürtel enger schnallen, nicht weil wir Hunger leiden, sondern weil wir als Gesellschaft zu fett geworden sind. Um es in den Worten des Energiefachmanns Conrad Brunner zu sagen: Wir wollen den Body-Mass-Index der Stadt Zürich auf ein gesundes Mass reduzieren. Weniger ist manchmal mehr.

Christoph Hug, Co-Präsident Grüne Stadt Zürich

**Niemand wagt es, Klartext zu reden, denn Verzicht ist nicht sexy, ist ein negativ besetzter Begriff.**



# Zürich macht vorwärts mit der 2000 Watt-Gesellschaft – auch im Verkehr

**Es ist unübersehbar: der Zürcher Gemeinderat ist in seiner neuen Zusammensetzung noch sensibler für Umwelt- und Verkehrsfragen. Dementsprechend werden in ökologischen Fragen wegweisende Entscheide getroffen, die wohl auch über Zürich hinaus von Interesse sein dürften.**

Ein stärkeres ökologisches Engagement des Zürcher Gemeinderates in Verkehrsfragen war schon in den ersten Sitzungen der neuen Legislatur klar erkennbar. Eine Parkplatzverordnung, die endlich autofreies Wohnen ermöglichen wird, wurde bereits im April mit grosser Mehrheit verabschiedet. Das wundert nicht, denn autofreies Wohnen entspricht einer Realität in der Stadt Zürich. Rund 45% aller Haushalte profitieren schon von einem Leben ohne Auto und nutzen dafür den perfekt ausgebauten öffentlichen Verkehr oder sind zu Fuss oder mit dem Velo unterwegs. Autofreies Wohnen macht aber auch ökonomisch Sinn, denn die heute bestehende Parkplatzpflicht zwingt viele Hausbesitzer dazu, teure Parkplätze bauen zu müssen.

## Ein Tram am Rosengarten ohne Strassentunnel

Noch einmal verstärkt wurden die Bemühungen des Gemeinderates für mehr Ökologie in der Verkehrspolitik auch bei einem zweiten wichtigen Geschäft. Zur Diskussion standen zwei Volksinitiativen für die Planung eines Trams an der Rosengartenstrasse sowie die Einrichtung von separaten Busspuren auf der Rosengartenstrasse bis das Tram dann dereinst fahren wird.

Den Anwohnerinnen und Anwohnern an der Rosengartenstrasse wird seit Jahrzehnten versprochen, dass ihre Verkehrsprobleme mit jedem weiteren Tunnel endlich gelöst würden. Milchbuckeltunnel, Gubristtunnel und Uetlibergtunnel sind in der Zwischenzeit gebaut worden, eine Entlastung hat nie stattgefunden. Auch der von bürgerlichen PolitikerInnen erträumte vierspurige Waidhaldetunnel wird den Verkehr einfach an andere Orte lenken; zu rechnen ist einerseits mit einer höheren Verkehrsbelastung im Kreis 6, andererseits bringt der Tunnel selber zehntausende von Autofahrten mitten in den neuen Stadtteil Zürich West hinein.

## Gesamtverkehrsmenge in der Stadt dauerhaft reduzieren

Im Gemeinderat ist die überwiegende Mehrheit der Meinung, dass wir die Verkehrsprobleme endlich ernsthaft angehen müssen. Der Gemeinderat sagt deshalb mit deutlicher Mehrheit Ja zu einer Tramlinie auf der Rosengartenstrasse und Nein zu einem neuen Strassentunnel. Nur so kann die Gesamtverkehrsmenge in der Stadt Zürich endlich dauerhaft reduziert werden. Dass Verkehrsreduktionen problemlos möglich sind, zeigt ja auch die heutige Situation entlang der Westtangente.

Durch die Sanierung der Hardbrücke fahren auf der Rosengartenstrasse deutlich weniger Autos. Die Verkehrsreduktion wird noch bis ins Jahr 2020 andauern, denn bald nach der Hardbrücke folgt der Bau der Einhausung Schwamendingen, wo während vier Jahren ebenfalls nur noch eine Fahrspur pro Richtung zur Verfügung stehen wird. Genügend Zeit also, die Tramplanung an der Rosengartenstrasse aufzugleisen.

Markus Knauss, Fraktionspräsident Grüne



**Autofreies Wohnen entspricht einer Realität in der Stadt Zürich. Und es macht auch ökonomisch Sinn.**

# Velostadt Winterthur

**Winterthur ist 2010 gemäss der Umfrage von Pro Velo Schweiz zwar nicht mehr die beste Velostadt der Schweiz, kann sich aber als Zweitplatzierte hinter Burgdorf an der Spitze behaupten und hat mit der Gesamtnote seit 2006 nochmals zugelegt. Bei der neusten Umfrage zeigt sich aber auch, dass die Stadt langfristige Investitionen und Anstrengungen auf vielen Ebenen braucht, um eine für die Velofahrenden attraktive Stadt zu sein und zu bleiben.**

Für die Industrieangestellten im letzten Jahrhundert war das Velo das wichtigste Fortbewegungsmittel. Zudem ist die Topografie Winterthurs grösstenteils flach. Das allein garantiert aber noch nicht, dass das ökologische und gesunde Fortbewegungsmittel Velo einfach so immer boomt. Auch in unserer Stadt hat sich der Autoverkehr in 50 Jahren vervielfacht, wodurch das Velofahren weniger attraktiv und weniger sicher geworden ist. Für uns ist klar, dass der Anteil des Langsamverkehrs zunehmen muss, wenn nicht der totale Stillstand auf den Strassen eintreten soll.

## Velowegnetz und Abstellplätze

Die Stadtregierung hat schon in den Siebzigerjahren begonnen, ein umfassendes Radwegnetz aufzubauen. In jedes der Aussenquartiere führen heute mindestens zwei Routen, eine sichere auf lauschigen Quartierstrassen oder autofreien Wegen für die Familienausflüge und eine schnelle auf den Hauptachsen für die Arbeitswege. Nicht ganz unerwartet schneidet Winterthur in der Kategorie Wegnetze am besten ab. Allerdings sind die Routen unvollständig, und insbesondere fehlt das Herzstück: die Veloquerung der Geleise am Hauptbahnhof. Immerhin hat das Winterthurer Stimmvolk im

letzten Jahr nach mehreren Anläufen und intensivem Lobbying – auch von unserer Seite – den Kredit gesprochen.

Etwas anders sieht das Umfrageergebnis bei den Abstellanlagen aus: Winterthur liegt mit einer ungenügenden Note im Mittelfeld. Sinnbild für diesen Missstand sind die überfüllten Veloabstellplätze am Hauptbahnhof (siehe Bild oben). Aber auch hier geht es vorwärts: Vor wenigen Tagen wurde die neue Velostation mit 800 Plätzen eröffnet (siehe Bild unten). Und mit dem Masterplan Hauptbahnhof werden in den nächsten Jahren 84 Millionen Franken für den Langsamverkehr im Stadtzentrum investiert.

## VeloparlamentarierInnen

Und dann gibt es die Arbeitsgruppe Velo, bei der wir auch mitwirken und die sich seit 20 Jahren um die Kleinigkeiten kümmert, die für die Velostadt ebenfalls wichtig sind. Die Gruppe der VeloparlamentarierInnen bringt ihre täglichen Erfahrungen auf der Strasse und ihre Vorschläge ein und versucht mit der Stadtverwaltung zu Lösungen zu kommen. Auf dass die Stadt Winterthur in vier Jahren nicht nur ihre Noten nochmals steigern kann, sondern wieder zur Spitzen-Velostadt aufsteigt.

Martin Stauber, Gemeinderat Grüne und Vorsitzender der VeloparlamentarierInnen



**Auch in unserer Stadt hat sich der Autoverkehr in 50 Jahren vervielfacht, wodurch das Velofahren weniger attraktiv und weniger sicher geworden ist.**

# Junge Grüne in Stadt und Kanton mit neuem Präsidium für eine Grüne Zukunft

Die Jungen Grünen in Stadt und Kanton Zürich haben eine neue Parteileitung gewählt. Jonas Landolt präsidiert die Jungen Grünen in der Stadt, Alma Redzic ist die neue Präsidentin auf kantonaler Ebene.

## Jonas Landolt

Mein Name ist Jonas Landolt, ich bin 19-jährig und in Zürich-Höngg aufgewachsen. Seit meiner Kindheit fasziniert und begeistert mich die Natur. Mit der Zeit wuchs daraus der Wunsch sie zu schützen, weshalb ich schon früh dem WWF beitrug. Aus der Begeisterung für die Natur entstand mein Interesse an Vögeln. Seit nun mehr als fünf Jahren widme ich mich intensiv der Ornithologie und bin beinahe an jedem freien Tag draussen am Beobachten und Fotografieren dieser genialen Tiere.

Mit etwa 15 Jahren begann ich mich für die Politik zu interessieren. Vor allem umwelt- und verkehrspolitische Themen hatten es mir angetan. So fing alles mit ein paar Offroader-Klebern auf meinen Heftmännchen und den dadurch provozierten, teils heftigen Diskussionen mit meinen MitschülerInnen in den Mathematik-Stunden an. Ich merkte aber relativ schnell, dass das Sessel- bzw. Schulbankpolitisieren für mich nicht genug war. Ich wollte mich engagieren und etwas bewegen. So kam ich zu den Jungen Grünen.

Im vergangenen Herbst habe ich meine Schulzeit mit der erfolgreichen Matur am MNG Rämibühl abgeschlossen und leiste im Moment Zivildienst im Naturschutzzentrum Neeracherried. Auf Führungen muss ich leider immer wieder feststellen, dass viele Kinder, besonders aus der Stadt, keinen Bezug mehr zur Natur haben. Diese Tatsache beunruhigt mich, denn was man nicht kennt, das schützt man nicht! Um unsere Lebensgrundlage, die intakte Natur, zu erhalten, ist es überaus wichtig, dass den Leuten und insbesondere den Kindern klar wird, welche Leistungen die Natur erbringt und wie wichtig es ist, sie zu schützen und erhalten!

## Alma Redzic

Mein Name ist Alma Redzic. Ich bin 27 Jahre alt und studiere berufs begleitend Rechtswissenschaft. Mit 11 Jahren bin ich, mehr zufällig als bewusst, über die sogenannte «grüne Grenze» in die Schweiz gereist. Heute kann ich bewusst sagen: «Ich liebe die Schweiz». Es ist meine Wahlheimat. Die direkt gelebte Demokratie und die unserer Grundordnung innewohnenden Werte scheinen mir die vernünftigsten bisher entwickelten aus der gesamten Geschichte. Und diese gilt es zu präzisieren, weiterzuentwickeln und zu leben. Daher mein Interesse für die Politik.

Meine Herzenthemen sind Integration, Bildung und Gleichstellung. In der Schweiz leben Menschen aus den unterschiedlichsten Ländern. Das ist eine Bereicherung und eine Herausforderung zugleich. Ich wünsche mir mehr Mittel für die Integration, insbesondere für Sprachförderung schon für Vorschulkinder und Sprachkurse für Eltern.

Aufgrund der sich ständig ändernden Gesellschaftstrukturen müssen wir umdenken und verschiedene Modelle für das Zusammenleben auch politisch akzeptieren. Das Bild einer Familie, bei der die Mutter den Haushalt erledigt und der Vater im Erwerbsleben steckt, ist bei weitem nicht mehr die Regel. Deshalb fordere ich von der Wirtschaft Teilzeitarbeitsstellen auch in Kaderpositionen, damit vermehrt auch Männer Beruf und Familie vereinbaren können. Beide Elternteile sollen neben dem Beruf genügend Zeit haben, um sich um die Bedürfnisse der Kinder zu kümmern, besonders im emotionalen, sozialen und schulischen Bereich. Erst wenn diese Bedürfnisse gestillt sind, sind die zukünftigen Erwachsenen in der Lage, sich ökologisch konsequent, sozial engagiert und global solidarisch zu verhalten.

Jonas Landolt, Präsident Junge Grüne Stadt  
Alma Redzic, Präsidentin Junge Grüne Kanton



**Wir brauchen den Einsatz aller für eine erfolgreiche Grüne Zukunft. Lasst uns diesen einfordern! Wir sind dabei! Ihr auch?**

## Die Grünen Wädenswil lancieren eine Volksinitiative zum Schutz der letzten stadtnahen Grünflächen

Stadtnahe Grünflächen sind Ruhe- und Ausgleichsraum. Sie bieten Erholungsmöglichkeiten und vielfältige Naturerfahrungen für die Bevölkerung.

Momentan fallen in Wädenswil immer mehr Grünflächen dem enormen Bauboom zum Opfer. Sogar das beliebte Naherholungsgebiet Stoffel droht teilweise überbaut zu werden, weil der Stadtrat eine Umzonung von Reservezone in Bauzone anstrebt. Wädenswil verfügt glücklicherweise noch über mehrere Reservezonen und diese grünen Lungen der Stadt gilt es zu schützen!

Die Stadt am Zürichsee verfügt in den nächsten 10 Jahren auch ohne Nutzung der Reservezonen über genügend Spielraum, um Bauprojekte zu realisieren. Durch massiv verdichtetes Bauen im Zentrum sowie Umnutzung von nicht mehr benötigten Industriezonen ist in Wädenswil genügend Potenzial für die Stadtentwicklung vorhanden.

Die Initiative der Grünen Partei Wädenswil mit dem Titel «Schutz der letzten Grünflächen» wurde vom Stadtrat geprüft und rechtlich und formal für gültig erklärt. Gut zwei Wochen haben wir benötigt, um die geforderten 600 Unterschriften zusammenzubringen. Das schnelle Erreichen der benötigten Unterschriftenanzahl zeigt, wie stark das Bedürfnis der Bevölkerung ist, diese unverbauten Gebiete zu schützen und zu erhalten. Um die Wichtigkeit der Initiative zu unterstreichen, werden wir weiterhin Unterschriften sammeln und die ausgefüllten Bögen nach den Sommerferien dem Stadtrat überreichen.

Adrian Stucki, Grüne Wädenswil

# ortoloco – die regionale Gartenkooperative

**Eine Bürgerinitiative produziert seit kurzem auf dem Hof des Grünen Bio-Bauern Samuel Spahn ihr eigenes Gemüse.**

Seit März 2010 wird auf 60 Aren des Biohof im Fondli in Dietikon Gemüse für ca. 200 Personen angebaut. Die Genossenschaft ortoloco ist Produzentin und gleichzeitig Konsumentin ihrer Salate, Kohlrabi, Tomaten, Gurken, Broccoli, Fenchel, Kefen, usw. Alle Beteiligten leisten den Aufwand (Investitionen, Betriebskosten) und alle ernten den Ertrag: frisches saisonales und regionales Biogemüse.

Für die professionellen Arbeiten ist eine Fachkraft angestellt. Jedoch helfen alle GenossenschaftlerInnen auf dem Feld und in der Logistik mit. Direkte Kontakte zur Produktion sowie lehr- und genussreiche Tage stellen eine willkommene Abwechslung zum urbanen Alltag dar. In der Westschweiz sind unterschiedliche Konzepte dieser regionalen Vertragslandwirtschaft seit Jahrzehnten erprobt (z.B. «jardins de cocagne») und verbreiten sich stetig. Angesichts der vielen Vorteile für alle verwundert das nicht.

## Demokratie ist nachhaltiger als Markt

Das Schicksal des Betriebes wird direkt-demokratisch durch alle Beteiligten mitentschieden. Die/der kritische KonsumentIn tritt aus der sonst zwangsläufig

fatalistischen Beobachtendenposition heraus und wird selber aktiv – nicht nur fordernd auf der politischen Ebene, sondern gestaltend direkt am Ort des Geschehens. Auf diese Weise wird Unternehmertum zu einem ideellen, vernunftgeleiteten, zivilgesellschaftlichen Engagement und Wirtschaft zu seinem Feld. Wachstums- und Profitstreben sind zweckfremd. So stellt eine kleinbäuerliche und trotzdem vielfältige Produktionsweise (z.B. rare Sorten) nicht mehr einen Wettbewerbsnachteil dar, sondern ist im Gegenteil sehr erwünscht, weil das den Gemüsekorb und das Dabeisein attraktiver macht. Ähnliche Strukturen sind auch in anderen Branchen denkbar.

Es hat noch freie Aboplätzle; Einstieg über die ortoloco-Homepage.

Betriebsgruppe ortoloco

## Links

[www.ortoloco.ch](http://www.ortoloco.ch)  
[www.cocagne.ch](http://www.cocagne.ch)  
[www.dunkelhoelzli.ch](http://www.dunkelhoelzli.ch)  
[www.xylem.ch](http://www.xylem.ch)  
[www.soliterre.ch](http://www.soliterre.ch)  
[www.birsmatthof.ch](http://www.birsmatthof.ch)



**Selbst ist die Frau:**  
Bodenbereitung für die nächste Aussaat

# Velo-Initiative in Wetzikon

Noch während des Wahlkampfes reichten die Jungen Grünen Zürcher Oberland und die Grünen Wetzikon die Initiative «Für ein velofreundliches Wetzikon» ein, unterstützt wurden sie dabei von Pro Velo Kanton Zürich. Die Initiative verlangt, dass die Gemeinde Wetzikon Massnahmen zur Förderung des Fahrradverkehrs ergreift: Auf dem Gemeindegebiet soll insbesondere ein zusammenhängendes, sicheres und attraktives Netz von Fahrradrouten realisiert werden. Dafür sollen von 2011 bis 2015 2.5 Millionen Franken eingesetzt werden.

## Velonetz mit Lücken

Die zahlreichen Lücken im überregionalen Netz sowie auf verkehrsorientierten Strassen in Wetzikon sind klar ausge-

wiesen, gefährliche Stellen veranlassen die Velofahrenden immer wieder, aufs Trottoir auszuweichen. Auch in den aktuellen Planungen für die beiden Zentren Ober- und Unterwetzikon werden die Bedürfnisse des Langsamverkehrs zu wenig berücksichtigt. In der Umfrage von Pro Velo Schweiz aus dem Jahre 2006 hat Wetzikon in Sachen Velofreundlichkeit klar ungenügend abgeschnitten.

## Gemeinderat lehnt ab

Der Gemeinderat hat die Initiative als gültig erklärt, lehnt sie aber mit der Begründung ab, dass sie offene Türen einrenne und nicht zur Verbesserung des Angebotes beitrage, da viele Forderungen bereits erfüllt seien. Diese Begründung ist höchst bedenklich und

absolut inakzeptabel. Die Antwort des Gemeinderats erstaunt aber auch, weil die Initiative von ihm selbst als ausgearbeiteter Entwurf eingestuft wurde und er somit auf der Basis der in der Initiative umschriebenen Zielsetzungen und Massnahmen Projekte bis zur Ausführungsreife planen müsste. Es ist seine Aufgabe, dabei für einen effizienten Mitteleinsatz zu sorgen.

Über die Initiative wird am 26. September 2010 abgestimmt. Die Jungen Grünen Zürcher Oberland und die Grünen Wetzikon suchen nun VelofahrerInnen, die die Initiative aktiv zu unterstützen: [info@gruene-wetzikon.ch](mailto:info@gruene-wetzikon.ch)

Karin Fehr Thoma, Präsidentin Grüne Wetzikon

# Frischer Wind im Bezirk Uster

**Die Mitgliederversammlung der Grünen Bezirk Uster hat ein neues Präsidium gewählt. Simone Michel (Uster) und Stefan Kunz (Dübendorf) lenken in Zukunft die Geschicke der Bezirkspartei.**

Nach fünf Jahren übergab das bisherige Co-Präsidium mit Nina Balke und Thomas Wüthrich die Leitung der Bezirkspartei an die beiden Umwelt-Profis Simone Michel und Stefan Kunz. Simone Michel ist Umweltnaturwissenschaftlerin ETH und arbeitet in der Umweltbildung. Seit vier Jahren vertritt sie die Grünen im Ustermer Gemeinderat. Stefan Kunz, gelernter Landschaftsarchitekt FH, ist als Geschäftsführer des Rheinau-

bundes tätig und amtiert als Co-Präsident der Grünen Dübendorf.

## Kontinuität gewährleistet

Thomas Wüthrich bleibt dem Vorstand als Vizepräsident erhalten und wird mit seinem Wissen und seiner Erfahrung das Co-Präsidium weiterhin tatkräftig bei der aktiven Umsetzung Grüner Strategien unterstützen. Das neue Co-Präsidium

hat sich zum Ziel gesetzt, die erfolgreiche Aufbauarbeit der vergangenen Jahre konsequent fortzusetzen und bei den Kantonalratswahlen im Frühjahr 2011 zu punkten. Im Vorfeld der Wahlen werden im Bezirk Uster Aktionen zu Alternativen zur Atomenergie und Ideen für eine aussergewöhnliche Flugplatzentwicklung in Dübendorf im Zentrum stehen.

Stefan Kunz, Co-Präsident Grüne Bezirk Uster



**Das neue Co-Präsidium der Grünen Bezirk Uster vereint frisches Blut und politische Erfahrung: Stefan Kunz und Simone Michel**

# GSoA-Initiative zur Aufhebung der Wehrpflicht!

Die Schweizer Armee hat massive Überbestände. Um seine 200'000 Männer (und vereinzelt Frauen) zu beschäftigen, reist das Militär verzweifelt Aufgaben an sich, die eigentlich keine Militäraufgaben sind: An Skirennen und Gewerbeausstellungen kommen SoldatInnen zum Einsatz, aber auch zur «Sicherung» des WEF, wo sie gegen DemonstrantInnen – also die Zivilbevölkerung – eingesetzt werden. Das Massenheer ist zudem ausgerichtet auf die Bewältigung militärischer Aufgaben, die mit der Realität überhaupt nichts zu tun haben. Zwar befürchtet Armeechef Blattmann offenbar, dass selbst unsere direkten Nachbarländer jederzeit einen Angriffskrieg auf die Schweiz vom Zaun reissen könnten. Doch scheint es, als dienten diese absurden Bedrohungsszenarien eigentlich nur zur Rechtfertigung der Aufrechterhaltung unserer überdimensionierten Wehrpflichtarmee. Dabei

ist klar: Die wahren Bedrohungen für die Schweiz und die Welt liegen heute in den Folgen von Klimawandel, sozialer Ungerechtigkeit und Hunger, und in der Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen. Diesen Problemen wird man mit militärischen Mitteln nicht gerecht.

## Das «Loch» in der Kriegskasse?

Im Gegenteil: Die Armee verschlingt Milliarden, die zur Bekämpfung echter Probleme dringend nötig wären. Etwa 4,5 Milliarden beträgt das jährliche Militärbudget, und nochmals etwa gleich hoch sind die volkswirtschaftlichen Kosten, die durch die Arbeitsausfälle der SoldatInnen verursacht werden. Trotzdem klagt die Militärlobby ständig über das klaffende Loch in der Kriegskasse. Am liebsten hätte man viel mehr Geld für die Armee um neben dem Unterhalt dieses gigantischen Apparats auch noch

unnötige Anschaffungen finanzieren zu können, zum Beispiel neue Kampfflugzeuge. Diese Forderungen kommen notabene aus jenem politischen Lager, das sonst einen radikalen Sparkurs fährt – etwa, wenn es um Bildung oder die Sozialversicherungen geht.

## Ungerechtes System

Tausende junge Männer werden jedes Jahr gezwungen, Militärdienst zu leisten. Dieser Zwang ist nicht nur ein lästiger Zeitraub, der vielen die Ausbildung, das Berufs- und Familienleben erschwert, sondern bedeutet in letzter Konsequenz den Zwang des Staates über seine Bürger, für ihn auf Befehl zu töten oder zu sterben. Mit einer freiheitlichen Gesellschaft ist das nicht vereinbar. Zwar ist es heute nicht mehr schwierig, mittels Arztzeugnis um den Militärdienst herum zu kommen, und auch um stattdessen den zivilen Ersatzdienst leisten zu können, muss man heute nur noch ein Formular ausfüllen und einschicken. Von einem gerechten System kann dennoch keineswegs die Rede sein: Der Zivildienst dauert anderthalb mal so lange wie der Militärdienst, und wer aus gesundheitlichen Gründen ausscheidet, zahlt während Jahren mit 3% seines Einkommens dafür.

## Initiative gegen den Zwang zur Wehrpflicht

Die Wehrpflicht und das daraus resultierende Massenheer sind teuer, unfreiheitlich, ungerecht und die falsche Antwort auf die tatsächlichen Bedrohungen, mit denen wir heute konfrontiert sind. Die Initiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht!» kommt deshalb genau zur rechten Zeit. Wird sie angenommen, kann niemand mehr gezwungen werden, Militärdienst zu leisten. Die Armee wird dadurch kleiner und billiger. Das Milizprinzip bleibt weiterhin in der Verfassung verankert, so dass keine Berufsarmee geschaffen werden kann. Der sinnvolle Zivildienst wird auf freiwilliger Basis für alle geöffnet.

Christina Hug, Sekretärin GSoA,  
Gemeinderätin (Junge) Grüne Zürich



# Ich spüre Aufbruchstimmung!

**Seit einigen Monaten haben die Grünen des Kantons Zürich in der Geschäftsleitung der Grünen Schweiz Einsitz. Unsere Stimme in Bern ist Markus Kunz, ehemaliger und langjähriger Präsident der Grünen Stadt Zürich. Im Interview gibt Markus einen Einblick in seine neue Aufgabe.**

## Markus, hast du deine Arbeit bereits aufgenommen?

Ja, ich habe bereits an zwei Sitzungen der Geschäftsleitung teilgenommen. Als GL-Mitglied bin ich auch Mitglied des Vorstandes. Meine ordentliche Wahl in den Vorstand erfolgt aber erst an der Delegiertenversammlung im August.

## Wieso ein Zürcher in Bern?

Wir sind die grösste Kantonalpartei und stellen gegenwärtig 18,5 Prozent der GPS-Mitglieder. Da scheint eine Vertretung in der achtköpfigen GL durchaus angemessen. Mit mir zusammen sind noch Adèle Thorens (NE) und Sergio Savoia (TI) neu in die GL gekommen. Ich spüre Aufbruchstimmung. Die neue erweiterte GL will etwas tun!

## Du hast in der Stadt Zürich als Kreis- und Stadtparteipräsident bereits viel geleistet. Andere würden sich zur Ruhe setzen, du packst etwas Neues an.

Der Zeitpunkt ist für mich gut, ich habe ja wieder freie Kapazität und weiterhin Lust, politisch aktiv zu sein. Zürich muss auf nationaler Ebene eine wichtigere Rolle spielen. Wir dürfen uns nicht nur mit uns selbst beschäftigen.

## Wie funktionieren die Geschäftsleitung und der Vorstand der Grünen Schweiz?

Wir treffen uns in der GL in einem Rhythmus von rund 14 Tagen. Die GL ist gedacht als ausführendes Organ, quasi als Gegenstück zum Generalsekretariat. Tatsächlich aber ist sie ein Steuergremium. Wir nehmen Einfluss auf die Vorbereitung der Vorstandsgeschäfte und die Traktandierung. Wir betreiben damit «agenda setting», ein zentraler politischer Vorgang.

## Was willst du mit deiner Tätigkeit in der GL erreichen?

Ich stelle zunächst einmal einen Nachholbedarf bei formellen Aspekten fest. Prozesse, die wir bei den Grünen der

Stadt Zürich vielleicht schon fast zu umfangreich geregelt haben, sind auf schweizerischer Ebene noch oft unklar. Es braucht dazu etwa Reglemente, damit alle Beteiligten von denselben Bedingungen ausgehen können.

## Und inhaltlich?

Inhalte stehen für mich noch nicht im Vordergrund. Dazu gibt es die Fraktion und die Kantonalsektionen. Aber es gibt ganz klar national gelagerte Themen wie Atom, Energie oder Raumplanung, die mich auch stark interessieren. Mal sehen, ob sich da in der GL was beeinflussen lässt...

## Von aussen erscheinen Parteien manchmal als ein Haufen Flöhe, der schwierig zu hüten ist.

Politische Parteien sind immer sehr heterogene Gebilde aus unterschiedlich gewichteten Parteizielen, regionalen Befindlichkeiten und Interessen. Auch in der GPS bilden sich viele typisch schweizerische Strukturen ab. Ich habe aber Freude daran, den Grünen Politmotor zu schmieren. Ich will Prozesse optimieren, schlagkräftiger werden. Es ist faszinierend, wenn man das Wirken einer politischen Partei in deren Zentrum miterleben kann.

## Wenn wir Zürcher nach Bern schauen, stellen wir fest, dass das personell recht gut dotierte Sekretariat der GPS wenig Ressourcen für die Kantonalparteien zur Verfügung stellt. Kann sich das ändern?

Das Sekretariat wird mehrheitlich über Fraktionsbeiträge und Behördenabgaben finanziert. Gerade die Fraktionsbeiträge, die vor kurzem noch aufgestockt wurden, sind aber zweckgebunden. Die Mittel müssen zur Unterstützung der Fraktion eingesetzt werden. Für die allgemeine Parteiarbeit und für Kampagnen verbleibt nur ein Bruchteil der Mittel. Mehr wäre wünschenswert, aber nicht ganz einfach zu beschaffen. Wir arbeiten aber dran mit einer neuen Fundraising-Stelle.

## Und zum Schluss?

Nationale Politik wird in erster Linie über Köpfe wahrgenommen. Wir brauchen gute oder gar herausragende Köpfe. Sie müssen unsere Themen nicht nur glaubwürdig vertreten können, sondern auch medial gut wirken. Gute Köpfe gewinnen wir, wenn die Partei gut funktioniert. Dazu kann und will ich etwas beitragen.

## Herzlichen Dank, Markus! Wir wünschen dir viel Erfolg und Ausdauer bei deiner Arbeit in Bern.

Interview: Philipp Maurer, Co-Präsident Grüne Kanton Zürich



«Es ist faszinierend, wenn man das Wirken einer politischen Partei in deren Zentrum miterleben kann.»

# Grünkohl

## Neulich im Tagi. Ohne Scheiss!

«Die «Mal-Aktion» dauerte knapp eine halbe Stunde. «Wir haben das als Team gemacht», sagte Bundespräsidentin Doris Leuthard. Es sei eine gute Erfahrung für den Bundesrat, auch kreativ zu sein. Die Landesregierung hatte unter Ausschluss der Medien im Malatelier zum Pinsel gegriffen. Zwei Aargauer Kunstschaaffende standen begleitend zur Seite. Die sieben Mitglieder des Bundesrates malten zuerst ihre Signaturen auf die weisse Leinwand.

«Auf diese Weise verloren sie die Furcht vor der leeren Leinwand», berichtete Künstler Max Matter. «Das brachte die

Sache in Gang». Es habe auch «mutige Sachen» gegeben. So habe ein Bundesrat den Farbkübel auf dem Bild ausgeleert.

Entsprechend wild und abstrakt ist das rund 1,5 Meter breite und 3 Meter lange Bild herausgekommen. «Es ist schön farbig geworden», stellte Bundespräsidentin Leuthard fest. Es sei in «einem gewissen Sinn Aktionskunst» gewesen. Was mit dem Bild geschieht, ist zunächst offen.

Leuthard stellte auf Fragen von Medien-schaaffenden in Abrede, dass es sich beim gemeinsamen Bildmalen um eine «Mal-

therapie» für den Bundesrat gehandelt habe. Es sei aber völlig klar gewesen, dass dies so interpretiert werden könne.»

P.S. Wie aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen verlautete, war der mit dem Farbkübel Ueli Maurer. Er wollte ihn eigentlich über dem Kopf von Micheline Calmy-Rey ausleeren, stürzelte dann aber über Moritz Leuenbergers Pinsel. Soweit unsere Berichterstattung aus dem Bundeshaus. Wir wünschen weiterhin einen farbigen Sommer.

G. Kohl

# Agenda

## Grüne Kanton Zürich

**25. August 2010, 19:30 Uhr**

### Mitgliederversammlung, Zürich

Volkshaus, Blauer Saal  
Apéro ab 19:00 Uhr

Weitere Infos: [www.gruene-zh.ch](http://www.gruene-zh.ch)

## Grüne Winterthur

**2. September 2010, 19:30 Uhr**

### Mitgliederversammlung

Parolenfassung 26. September, Kantonsratswahlen 2011  
Restaurant Wartmann (beim Bahnhof)

Weitere Infos: [www.gruene-winterthur.ch](http://www.gruene-winterthur.ch)

## Grüne Stadt Zürich

**7. September 2010, 19:30 Uhr**

### Soirée fixe, Kontakt- und Vernetzungstreffen

Volkshaus  
Thema: Guerilla Gardening, Maurice Maggi.  
Anschliessend Apéro.

Anmeldung bis 1.9. an [sekretariat@gruenezuerich.ch](mailto:sekretariat@gruenezuerich.ch).

Weitere Infos: [www.gruenezuerich.ch](http://www.gruenezuerich.ch)

## Junge Grüne

**27.-29. August 2010**

### Junges Grünes Weekend

**4. September 2010**

### Fairtrade-Modeschau

Helmhaus Zürich

**22. September 2010**

### Velodemo in Zürich

Weitere Infos: [www.jeunesverts.jungegruene.ch/agenda/zh/](http://www.jeunesverts.jungegruene.ch/agenda/zh/)

## Grüne Uitikon

**6. Oktober 2010, 19:30 Uhr**

### Vortragsabend «Eine cleantech Strategie für die Schweiz»

Üdikerhuus, grosser Saal, Uitikon

Nick Beglinger, Ökonom und Geschäftsführer des neuen ökologischen Wirtschaftsverbands Swisscleantech will die Schweiz als Vorreiterin bei sauberer Technologie positionieren.

## Grüne Uster

**11. September 2010**

### Ökotag Uster

**25. September oder 2. Oktober 2010**

### Velobörse

Weitere Infos: [www.gruene-uster.ch](http://www.gruene-uster.ch)

## Impressum

grünes blatt – Zeitung der Grünen Kanton Zürich, Ackerstr. 44, 8005 Zürich. Erscheint 4x jährlich. Auflage: 1'400 Ex. Redaktion & Layout: Ulla Blume. Korrektorat: Beat Hess. An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Philipp Maurer, Max Homberger, Françoise Okopnik, Christoph Hug, Markus Knauss, Martin Stauber, Alma Redzic, Jonas Landolt, Adrian Stucki, Betriebsgruppe ortoloco, Karin Fehr Thoma, Stefan Kunz, Chrigi Hug, Markus Kunz. Bildnachweise: S.1: coresince84 / photocase.com, S.3: Verein Pro Uetliberg, S.4: flickr: ponte1112, S.6: Reto Diener, S. 8: ortoloco, S. 9/11: Juliette Chretien. Design: artischock.net Zürich. Druck: Ropress. Diese Zeitung ist CO<sub>2</sub>-neutral und auf FCS-Papier gedruckt.